

Der Vorsitzende

An den
Präsidenten der
Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.
Herrn Dr. h.c. Johannes Gerster
Martin-Buber-Str. 12

14163 Berlin

Brüssel, 19. Mai 2009

Betr.: Künftige Iran-Politik der Europäischen Union

Sehr geehrter Herr Dr. Gerster,

Ihr Schreiben vom 8. Mai 2009 beantworte ich wie folgt:

1. In meiner Eigenschaft als Europaabgeordneter und Vorsitzender der PSE-Fraktion im Europäischen Parlament habe ich Wirtschaftssanktionen, die die EU-Kommission in Umsetzung von UN-Sanktionen erlassen hat bzw. die von allen Mitgliedstaaten einvernehmlich beschlossen wurden, in vollem Umfang unterstützt.

Allerdings bin ich der Überzeugung, dass wir dem Nuklearprogramm Irans mit einer umfassenden politischen Strategie entgetreten müssen, in der Wirtschaftssanktionen nur ein Instrument unter vielen sind. Ich bedaure, dass Iran seinen internationalen Verpflichtungen gemäß den Resolutionen 1696, 1737, 1747 und 1803 des UN-Sicherheitsrates nicht nachgekommen ist, denen zufolge Iran jegliche Anreicherungs- und Wiederaufbereitungstätigkeit einzustellen hat, um das Vertrauen in den friedlichen Charakter des iranischen Nuklearprogramms wieder herzustellen.

Meine Fraktion hat im Europäischen Parlament Iran wiederholt aufgefordert, der IAEO vollständige, eindeutige und glaubhafte Antworten zu allen Fragen im Zusammenhang mit seiner Nukleartätigkeit zu erteilen, das Zusatzprotokoll zu ratifizieren und anzuwenden und die Bestimmungen des umfassenden Sicherheitsabkommens uneingeschränkt umzusetzen. Obwohl der Iran die von der IAEO geforderten Transparenzmaßnahmen bis heute nicht durchgeführt hat, hält meine Fraktion an der Auffassung fest, dass eine langfristige Lösung der iranischen Nuklearfrage auf dem Verhandlungsweg uneingeschränkt und vorbehaltlos unterstützt werden muss. Meine Fraktion hat in diesem Zusammenhang auf einer im Dezember 2008 organisierten Abrüstungskonferenz unter internationaler Beteiligung noch einmal Vorschläge

unterstützt, die es Iran ermöglichen würden, seinen gesamten Bedarf für die zivile Kernenergie-Industrie unter Rückgriff auf zu schaffende multinationale Brennstoff-Reservelager zu decken.


2. Ich werde mich im Europäischen Parlament weiterhin dafür einsetzen, dem iranischen Nuklearprogramm mit einer umfassenden politischen Strategie zu begegnen. Dazu gehören auch Wirtschaftssanktionen. Allerdings bin ich, wie auch meine Fraktionskollegen, der Auffassung, dass es kein Wirtschaftssembargo geben darf, das der iranischen Wirtschaft insgesamt Schaden zufügen würde. Boykott-Maßnahmen gegen Irak zu Zeiten Saddam Husseins haben belegt, dass unter derartigen generellen Maßnahmen vor allem die Bevölkerung leidet. Die Sanktionspolitik der UN und die von der EU ergriffenen weiteren Sanktionsmaßnahmen zielen darauf ab, die Bevölkerung zu schützen und das Regime zu schwächen. Rechtmäßige Handelsbeziehungen dürfen durch die Sanktionen nicht beeinträchtigt werden. Wir unterstützen gezielte Sanktionsmaßnahmen z.B. gegen den Handel mit militärischen oder dual-use Gütern bzw. Technologietransfer, der beim Bau von Atombomben zum Einsatz kommt.

Nach wie vor bemühen wir uns in unseren Beziehungen zum Iran, die Tür offen zu halten und einen Weg aus der Isolierung aufzuzeigen. Im Gegensatz zur US-Politik unter der Bush-Regierung hat sich die EU immer bemüht, die Kommunikationskanäle zum Iran offen zu halten, z.B. durch regelmäßige Gespräche des Hohen Vertreters Javier Solana mit dem iranischen Verhandlungsführer für Nuklearfragen, im Rahmen der EU-3-Gespräche sowie über die diplomatischen Beziehungen, die die EU-Mitgliedstaaten mit dem Iran unterhalten. Auch haben wir in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode eine interparlamentarische Delegation geschaffen, die den Rahmen für regelmäßige parlamentarische Treffen zwischen dem EP und dem iranischen Majlis bildet und als vertrauensbildende Maßnahme von hohem Wert ist.

3. Die Handelspolitik in der EU ist eine vergemeinschaftete Politik. Kein Mitgliedstaat in der Europäischen Union kann heute im Alleingang einen wirksamen Wirtschaftsboykott umsetzen. Ich würde mich deshalb in jedem Fall darum bemühen, auf europäischer Ebene im Wege des Konsenses Maßnahmen zu vereinbaren, wenn ich diese für nötig halte.
4. In meiner Funktion als Europaabgeordneter habe ich auf die Gewährung von Hermes-Bürgschaften, die ein Mittel bundesdeutscher Politik sind, keinen unmittelbaren Einfluss. Generell möchte ich betonen, dass ich eine völlige Streichung von Bürgschaften im Iran-Handel nicht unterstütze. Ich halte solche Bürgschaften für legitim und nützlich, sofern sie sich auf den rechtmäßigen Handel mit unbedenklichen Gütern mit Iran beziehen.
5. Im Rahmen des umfassenden parlamentarischen Dialogs, den wir mit Iran führen, haben wir wiederholt gefordert, dass der Iran terroristischen Organisationen seine Unterstützung verweigert und eine konstruktive Haltung zum Friedensprozess im Nahen Osten einnimmt. Der Iran sollte einen konkreten Beweis dafür erbringen, dass er den Friedensprozess nicht weiter gefährdet, indem er die militärische Aktivität der Hisbollah unterstützt.

Im Übrigen weise ich darauf hin, dass der politische Flügel der Hisbollah zu den Unterzeichnern des Doha-Abkommens vom 21.05.2008 gehört, auf dessen Grundlage die kommenden Parlamentswahlen im Libanon am 7. Juni 2009 überhaupt erst auf einem Fundament stattfinden können, das sich hoffentlich als solide erweist. Die Hisbollah wird als politische Partei an diesen Wahlen teilnehmen. Diese Wahlen werden von der EU und einer Delegation des Europäischen Parlaments beobachtet, was uns Gelegenheit geben wird, uns über die demokratische Grundhaltung dieser Partei ein Urteil zu bilden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Schulz'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Martin Schulz

Kopie: Herrn Reinhold Robbe, Mitglied des Präsidiums der DIG